



Frau
Bezirksbürgermeisterin
Claudia Greven-Thürmer

Frau
Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Bezirksvertretung Kalk
Kalker Hauptstr. 247-273
51103 Köln-Kalk

Christian Robyns
Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion
E-Mail: christian.robyns@gmail.com

Manuela Grube
Fraktionsvorsitzende der Fraktion B 90/Die Grünen
E-Mail: manuela.grube@stadt-koeln.de

HP Fischer
Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
E-Mail: Linke-BV8@stadt-koeln.de

Eingang bei der Bezirksbürgermeisterin: 02.12.2020

AN/1419/2020

Antrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	03.12.2020, TOP 7.12 <i>-Tischvorlage-</i>

Angebote der außerschulischen Bildung auch für Kinder von Geflüchteten ermöglichen

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE. vom 02.12.2020

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antrag stellenden Fraktionen in der Bezirksvertretung Kalk bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung am 29.10.2015 zu nehmen:

Begründung der Dringlichkeit:

Der Dringlichkeitsantrag ergibt sich unseres Erachtens aufgrund der aktuellen Coronasituation und in der Folge der Coronaschutzverordnung, die Kontaktbeschränkungen in Unterkünften von Geflüchteten vorsieht. Des Weiteren sehen wir hier schnellen Handlungsbedarf. Des Weiteren tagt die Bezirksvertretung Kalk erst wieder am 28.01.2021 tagt und daher ein schneller Beschluss gefasst werden muss. Somit erscheint uns der Zeitraum bis zur nächsten Sitzung zu lang.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk fordert den Rat der Stadt Köln auf bzw. regt an, Angebote für außerschulische Bildung für Kinder von Geflüchteten, die in zentralen Unterbringungseinrichtungen leben, außerhalb der Unterkünfte z.B. in städtischen Einrichtungen, wie z.B. Bürgerhäuser, zu schaffen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie fordert von uns allen starke Einschränkungen in unserem alltäglichen Leben ab.

Insbesondere sind Kinder, die die schwächste Gruppe in unserer Gesellschaft darstellen, hiervon mit am stärksten betroffen.

Mit der Entscheidung der Bundesregierung, Schulen und KiTas offen zu halten kommt sie dem Recht von Kindern auf Bildung nach.

Allerdings erleben Kinder, die in prekären Lebenslagen aufwachsen nach wie vor und trotz des Offenhaltens von Bildungseinrichtungen und ihrem Recht auf Bildung fundamentale Benachteiligungen.

Insbesondere die außerschulische Bildung gerät ins Hintertreffen.

Mit dem Beschluss des Krisenstabs der Stadt Köln am 06.11.2020, Unterkünfte für Geflüchtete für Besucher zum Zweck des Infektionsschutzes, stark einzuschränken, erfahren gerade Kinder von Geflüchteten, die in Sammelunterkünften leben, eine weitere Benachteiligung.

Außerschulische Bildungsangebote, die z.B. durch Flüchtlingsinitiativen in den Einrichtungen geleistet werden, sind so nicht mehr möglich. Zum Beispiel wird das Erlernen der Sprache, die für die Integration in die Gesellschaft grundlegend ist, durch das Wegfallen von außerschulischen Bildungsangeboten erschwert.

Leider findet die Situation von Kindern von Geflüchteten im Amtsblatt der Stadt Köln zu den Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie keine Erwähnung. Daher fordern wir die Stadt auf, diesen Missstand in den Fokus zu nehmen und diesen zu beseitigen, damit Kindern von Geflüchteten auch weiterhin notwendige Unterstützung zukommt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. *Christian Robyns*
Christian Robyns
SPD-Fraktionsvorsitzender



Manuela Grube
Fraktionsvorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Fraktionsvorsitzender
der Fraktion DIE LINKE.